



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 22.04.2014

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 11.03.2014, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16 F 43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|------------------------------|---|
| Frau Gisela Grüßer | VdK Köln |
| Frau Maria Hanisch | Caritasverband für die Stadt Köln e.V. |
| Herr Norbert Herbig | Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V. |
| Herr Horst Ladenberger | Zentrum für selbstbestimmtes Leben |
| Frau Barbara Röttger- Schulz | Polio Stammtisch |
| Herr Andreas Thermann | Arbeiterwohlfahrt |
| Herr Rainer Zuch | Synagogengemeinde Köln |

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|-----------------------------|---|
| Herr Jan Eichler | Verband für Gebärdensprachkultur Köln und Umland e. V. |
| Frau Uta Grimbach-Schmalfuß | Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis |
| Frau Sandra Meinert | Rollstuhl-Club Köln e.V. |

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|----------------------|----------------|
| Frau Ursula Gärtner | CDU |
| Herr Manfred Waddey | GRÜNE |
| Frau Katja Hoyer | FDP |
| Herr Michael Kellner | Die Linke.Köln |

Ständige Gäste

| | |
|------------------------------|-------------------------------------|
| Frau Judith Beckmann | KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG |
| Herr Friedrich Wilhelm Gramm | Sozial-Betriebe-Köln gGmbH |
| Frau Ute Saher | Seniorenvertretung der Stadt Köln |

Verwaltung

| | |
|--------------------------|---|
| Frau Bettina Albrot | Amt für Schulentwicklung |
| Herr Dr. Günter Bell | Behindertenbeauftragter |
| Frau Reinhilde Biefang | Amt für Kinder, Jugend und Familie |
| Frau Sabine Brinkmann | Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften - Amt für Wirtschaftsförderung |
| Herr Dieter Gorklo | Amt für Soziales und Senioren |
| Herr Dr. Marc Höhmann | Amt für Stadtentwicklung und Statistik |
| Frau Maria Knaup | Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik |
| Herr Martin Lersmacher | Gebäudewirtschaft der Stadt Köln |
| Herr Dieter Lüdemann | Amt für öffentliche Ordnung |
| Herr Josef Ludwig | Amt für Wohnungswesen |
| Herr Helmut Matzel | Amt für Brücken und Stadtbahnbau |
| Frau Britta Oswald | Personal- und Organisationsamt |
| Frau Sabine Rauchschalbe | Amt für Landschaftspflege und Grünflächen |
| Frau Nina Rehberg | Diversity - Punktdienststellenleitung |
| Herr Ronny Sämann | Amt für Straßen und Verkehrstechnik |

Schriftführer

| | |
|----------------------|---|
| Herr Andreas Schwarz | Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik |
|----------------------|---|

Gäste

| | |
|-------------------|--|
| Herr Marcel Adolf | Stellvertretender sachkundiger Einwohner im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen |
| Frau Ute Palm | auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik |

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Reker begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Gäste, insbesondere Frau Nina Rehberg, seit dem 01.12.2013 Leiterin der Punktdienststelle Diversity. Frau Rehberg möchte sich und die Dienststelle unter TOP 5.1 kurz vorstellen.

Nach Veröffentlichung der Einladung wurden bei der Geschäftsführung noch weitere Tagesordnungspunkte angemeldet. Diese werden wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen:

4.4.1 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)

Verleihung des KIB im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung

0679/2014

5.1 Vorstellung der Punktdienststelle Diversity

0154/2014

5.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2012

4240/2013

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt die Tagesordnung einschließlich der Nachtragsordnungspunkte einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Älter werden mit Behinderung

2.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen -
insbesondere: Handlungsfeld altengerechtes und barrierefreies Wohnen

2.3 Förderung barrierefreier Wohnraum

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2014
0063/2014

**4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen
und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

4.1 "Inklusion in der Jugendförderung" - Modell-Projektkonzeption im Rahmen des
Kinder- und Jugendförderplans NRW, Pos. 3.2.2
2645/2013

- 4.2 Inklusion im Sozialraum
- 4.3 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen seit 2004
- 4.4 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)
 - 4.4.1 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)
Verleihung des KIB im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung
0679/2014
- 4.5 Eis- und Schwimmstadion Lentpark
hier: Herstellung der Barrierefreiheit
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Vorstellung der Punktdienststelle Diversity
0154/2014
 - 5.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2012
4240/2013
- 6 Anfragen und Beschlussempfehlungen**
 - 6.1 Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2012 - 2013
 - 6.2 Festlegung Schwerpunktthemen für das 2. Halbjahr 2014
 - 6.3 Barrierefreie Ratssitzungen
 - 6.4 Handlaufbeschriftungen in der Nord-Süd-U-Bahn
 - 6.5 Aufzug Domumgebung
- 7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 8 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung am 21.11.2013 wird einstimmig ohne Änderung genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Älter werden mit Behinderung

Herr Ladenberger erklärt, dass sein Vortrag als Einstieg in das Thema „Älter werden mit Behinderung“ gedacht ist. Er schlägt vor, dass sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in Zukunft dann intensiver mit dem Thema befasst. Der Vortrag wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Er erläutert, dass es sich nach seiner Auffassung um ein wichtiges Thema handelt, das zwar in den letzten Jahren ins Blickfeld gerückt, aber oftmals noch nicht in der Lebensrealität und in den Angeboten angekommen ist. Aus seiner Sicht muss sichergestellt werden, dass Menschen mit Behinderungen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Im Bereich der Altenhilfe fehlen Angebote, die auch für ältere Menschen mit Behinderungen geeignet und nutzbar sind.

Herr Ladenberger betont, dass nicht die Menschen gemeint sind, die im Laufe ihres Lebens eine Behinderung oder körperliche Einschränkung erworben haben. Vielmehr widmet sich das Thema der Personengruppe, die seit Geburt oder zumindest den größten Teil ihres Lebens mit einer Beeinträchtigung leben. Die Unterscheidung ist bedeutsam, weil daraus sehr unterschiedliche Lebenslagen resultieren. Unterschiede werden besonders deutlich durch unterschiedliche Lebenserwartungen, Lebensentwürfe, familiäre Situationen, soziale Beziehungen und finanzielle Situationen. Herr Ladenberger bittet dabei um Verständnis, dass die genannten Beispiele aufgrund der eigenen beruflichen Beratungspraxis zwar ausschließlich aus dem Bereich der Menschen mit Körperbehinderungen kommen, dass aber alle Behinderungsformen spezifische Aspekte zum Thema „Älter werden mit Behinderung“ haben.

Herr Ladenberger erklärt, dass nach seiner Meinung die betroffene Personengruppe im Alter oftmals im Vorteil ist gegenüber den Menschen, die erst im Laufe ihres Lebens eine Behinderung oder körperliche Einschränkung erworben haben. Sie können auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen, die das Leben im Alter erleichtern. Dazu gehören zum Beispiel Erfahrungen mit der Annahme von Hilfen, mit dem Einsatz und Nutzen von Hilfsmitteln sowie mit dem Sozialsystem.

Abschließend weist er auf die UN-Behindertenrechtskonvention hin, die aus seiner Sicht ein gutes Instrument darstellt, auch dem Thema „Älter werden mit Behinderung“ Nachdruck zu verleihen. Dabei wird der Faktor Alter insbesondere in Artikel 8 „Bewusstseinsbildung“ und Artikel 16 „Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch“ deutlich hervorgehoben.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass für Menschen mit Behinderungen im Alter die Unterstützung durch die Gesundheitshilfe zur Erhaltung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten eine besondere Bedeutung bekommt.

2.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - insbesondere: Handlungsfeld altengerechtes und barrierefreies Wohnen

Herr Dr. Höhmann stellt das Stadtentwicklungskonzept Wohnen vor, das am 11.02.2014 im Rat der Stadt Köln beschlossen wurde. Der Schwerpunkt des Vortrags liegt dabei auf dem Handlungsfeld Altengerechtes und barrierefreies Wohnen. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zunächst weist Herr Dr. Höhmann darauf hin, dass es sich hier nicht um ein städtebauliches Konzept sondern um ein Rahmenkonzept handelt, das die Leitlinien für die zukünftige Wohnungspolitik in Köln in den nächsten 20 Jahren setzen soll. Er geht in seinem Vortrag besonders auf die zentralen Herausforderungen und die Ziele und Leitlinien der zukünftigen Kölner Wohnungspolitik sowie auf das sich daraus abgeleitete Handlungsprogramm ein.

Zu den zentralen Herausforderungen gehört das anhaltende Bevölkerungswachstum, das den Druck auf den Wohnungsmarkt erhöht und zu einer Verknappung des preiswerten Wohnraums führt.

Die Leitlinien des Konzeptes sehen u.a. vor, dass die Stadt Köln die Voraussetzungen schafft, um Wohnraum entsprechend des Bevölkerungswachstums entstehen zu lassen. Dabei soll die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung haben. Gemeint ist die Zusammenfassung von bereits bestehenden Bereichen, wo bereits die entsprechende Infrastruktur wie zum Beispiel die Anbindung an den ÖPNV vorhanden ist. Zu den angestrebten Zielen gehört u.a. die Verringerung der sozialen Schieflage in Köln durch eine verbesserte Verteilung des sozialen Wohnungsbaus auf die verschiedenen Stadtviertel und eine Verbesserung der Angebote und Hilfsangebote in den Quartieren, wo sie bis jetzt nicht ausreichend vorhanden sind.

Herr Dr. Höhmann erklärt, dass das Stadtentwicklungskonzept Wohnen aus seiner Sicht den Charakter eines Einstiegs in das Thema Altengerechtes und barrierefreies Wohnen hat. Es wird deutlich, dass neben dem notwendigen Neubau der Umbau des Wohnungsbestandes zu barrierefreiem Wohnraum verstärkt in Angriff genommen werden muss. Dabei spielen vor allem die privaten Kleineigentümer eine große Rolle, da sich in Köln ca. 75 % der Wohnungsbestände in deren Besitz befinden. Diese sind im Gegensatz zu den großen Wohnungsbaugesellschaften nicht in der Lage, eigene Sanierungskonzepte zu entwickeln. Hier ist vor allem große Überzeugungskraft und intensive Beratung notwendig, damit diese Wohnraum barrierefrei umbauen.

Herr Dr. Höhmann stellt das Modellprojekt "Altersgerecht Umbauen" vor. Unter dem Titel „Köln for all“ soll übergreifend der altersgerechte und barrierefreie Umbau von Wohngebäuden, Wohnquartieren sowie der kommunalen und sozialen Infrastruktur vorangetrieben werden. Beteiligte des Projekts sind neben der Stadt Köln die GAG Immobilien AG, der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein und die Fachhochschule Köln (siehe unter <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/wohnungshilfen/modellvorhaben-altersgerecht-umbauen>).

Als weitere Maßnahme, die sich aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen konkret entwickelt, sollen weitere Mehrgenerationenprojekte initiiert werden. Zurzeit gibt es fünf derartige Projekte in fünf verschiedenen Bezirken. Zukünftig soll in jedem Bezirk mindestens ein Projekt gefördert werden.

Abschließend erläutert Herr Dr. Höhmann, dass ein wichtiger Aspekt des neuen Stadtentwicklungskonzeptes die Betonung der Quartiersentwicklung ist. Da dieses Thema stetig an Bedeutung zunimmt, soll durch flankierende Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass das Leben in den Quartieren lebenswert und generationengerecht

gehalten wird. Aus seiner Sicht ist eine bedarfsgerechte Anpassung des Wohnraums am besten auf der Quartiersebene möglich und können Fördermöglichkeiten des Landes am besten konzentriert eingesetzt werden. Deshalb sollen Quartiere mit besonderem Entwicklungs- und Hilfebedarf identifiziert und für diese dann Entwicklungsziele und Handlungsbedarfe erarbeitet werden. Er kündigt an, dass in diesem Zusammenhang auf die Behindertenverbände zugegangen wird, um konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den jeweiligen Vierteln abzusprechen.

2.3 Förderung barrierefreier Wohnraum

Herr Ludwig berichtet zum Thema Förderung barrierefreien Wohnraums. Der Vortrag untergliedert sich in die Bereiche „Bauliche Anforderungen der Barrierefreiheit im Neubau“ und „Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand“ und ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Im Neubau werden die Anforderungen der Barrierefreiheit inzwischen durchgängig berücksichtigt. Dazu gehören u.a. der Verzicht auf Stufen oder Schwellen in den Wohnungen, eine ausreichende Größe der Bewegungsflächen in Fluren und Durchgängen. Allerdings gibt es bei Neubauten lediglich die Verpflichtung, die Möglichkeit zur Nachrüstung mit einem Aufzug vorzusehen. Eine Verpflichtung zum tatsächlichen Einbau besteht nicht. Durch die Möglichkeit zur zusätzlichen Förderung aus Landesmitteln werden aber inzwischen bei ca. 75 % der Neubauten Aufzüge eingebaut, so dass auch der Zugang zu den Wohnungen barrierefrei möglich ist.

Im Wohnungsbestand sind zwar Förderungen zur Reduzierung von Barrieren möglich, diese werden aber von den Eigentümern nur wenig nachgefragt und in Anspruch genommen. Herr Ludwig beschreibt Beispiele für förderungsfähige Umbaumaßnahmen und erklärt, dass die Höhe der Förderung aus Landesmitteln auf 15.000,00 Euro pro Wohnung und maximal 50 % der förderungsfähigen Kosten begrenzt ist.

In der anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass es in der Vergangenheit vorgekommen ist, dass entsprechende öffentliche geförderte barrierefreie Neubauwohnungen auch an Menschen ohne Behinderung vergeben wurden. Herr Ludwig bittet um Meldung an ihn, um diesen Einzelfällen dann nachzugehen.

Herr Ladenberger macht deutlich, dass es nach seiner Auffassung generell einen eklatanten Mangel an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum gibt. Oftmals fehlt es an der Zugänglichkeit der Wohnungen zum Beispiel durch fehlende Aufzüge, so dass der Zuwachs an barrierefreien Wohnungen tatsächlich nur sehr gering ist. Herr Ludwig erklärt, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel zurzeit weder im Neubau noch im Wohnbestand ausgeschöpft werden. Allerdings ist die Tendenz sowohl bei den Förderanträgen als auch beim Einbau von Aufzügen im Neubau steigend.

Herr Herbig bemängelt, dass oftmals taktile Vorrichtungen im Bereich des Wohnhauses und in den Aufzügen sowie eine kontrastreiche Markierung fehlen, die es auch Blinden oder sehbehinderten Menschen möglich machen, das Wohnhaus und die Wohnung selbstständig zu finden. Herr Eichler fordert, auch die Menschen mit einer Hörbehinderung und dementsprechende visuelle Signale zu berücksichtigen. Frau Gärtner weist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Rauchmelder hin, wo inzwischen klar ist, dass diese nicht nur mit einem akustischen sondern auch mit einem optischen Signal versehen sein sollten.

Herr Herbig fordert, dass die Barrierefreiheit bereits in der Planung und damit von Anfang an berücksichtigt werden muss. Sie sollte den gleichen Stellenwert wie der Brandschutz haben.

Es besteht Einigkeit darüber, dass ein Wohnhaus nur dann barrierefrei ist, wenn die Auffindbarkeit und Zugänglichkeit uneingeschränkt gegeben ist. In allen anderen Fällen kann lediglich von barrierearm gesprochen werden.

Herr Adolf fragt an, inwieweit der Denkmalschutz die Umbauten im Wohnbestand verhindert. Herr Dr. Höhmann wird sich der Anfrage annehmen und die Beantwortung nachliefern.

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2014 0063/2014

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Dr. Bell ergänzt den Termin des Tags der Begegnung. Er wird am 28.06.2014 in Köln stattfinden.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 "Inklusion in der Jugendförderung" - Modell-Projektkonzeption im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans NRW, Pos. 3.2.2 2645/2013

Frau Biefang stellt das Modellprojekt „Inklusion in der Jugendförderung“ vor. Die Vortragsunterlagen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

In den letzten Jahren wurden in der freizeitpädagogischen Arbeit und den Ferienprogrammen für Kinder und Jugendliche inklusive Konzepte entwickelt und erfolgreich durchgeführt. Dabei handelt es sich um Kinder und Jugendliche überwiegend im Alter von 6 bis 10 Jahren. Nun soll die Arbeit auf die etwas älteren Jugendlichen am Übergang von der Kindheit in die Jugendphase und in die Erwachsenenwelt ausgeweitet werden. Dabei soll auch die besondere Herausforderung der Entwicklungsphase Pubertät genauer in Blick genommen werden.

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind bereits zahlreiche Erfahrungen im Umgang mit Inklusion vorhanden. Es fehlen allerdings Erfahrungswerte im gemeinsamen Erleben von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund wird in Köln der Schwerpunkt auf die Entwicklung von Modellen für Menschen mit und ohne Behinderung gelegt. Die Arbeit in den Teams erfolgt auf der Basis des Index „Inklusion vor Ort“ (<http://www.montag-stiftungen.de/jugend-und-gesellschaft/projekte-jugend-gesellschaft/projektbereich-inklusion/inklusion-vor-ort2/praxishandbuch-ivo.html>) und vor der Fragestellung, was erforderlich ist, um aus den bisherigen integrativen Konzepten inklusive Konzepte zu machen.

Frau Biefang äußert den Wunsch zur Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe und Selbsthilfegruppen, die sich bis jetzt nur auf die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe beschränkt. Sie bittet die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um Unterstützung und diesbezüglich um Kontaktaufnahme (reinhilde.biefang@stadt-koeln.de).

Sie erläutert, dass es zurzeit noch nicht so einfach ist, Kontakt zu Kindern mit anderen Behinderungsformen aufzubauen, da sich diese in der Regel ganztätig in den Förderschulen aufhalten. Hier wird zukünftig aber eine Verbesserung eintreten, sobald sich die Regelschulen noch mehr geöffnet haben und die Kinder wohnortnah zur Schule gehen.

Auf die Anfrage von Frau Hoyer nach Ferienangeboten an Förderschulen erklärt Frau Biefang, dass über 120 Plätze neugeschaffen wurden, damit den Eltern, bei denen die Situation am dringlichsten war, geholfen werden kann. Nun sollen Erfahrungen gesammelt werden, wie die Angebote angenommen werden, um diese dann nachhaltig einzubauen und anzubieten. Ziel ist die Öffnung aller Einrichtungen.

4.2 Inklusion im Sozialraum

Herr Dr. Bell erklärt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in ihrer Sitzung am 21.11.2013 die Verwaltung beauftragt hatte, eine Bestandsaufnahme vorzulegen, wo und wie in der Verwaltung bereits sozialräumlich gearbeitet wird. Auf die durchgeführte Abfrage sind insgesamt 24 Beispiele genannt worden, die einen guten Gesamtüberblick verschaffen, wo und wie bereits in der Verwaltung sozialräumlich gearbeitet wird. Der Bericht liegt als Tischvorlage vor und wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auffällig ist, dass die Maßnahmen jeweils für sich stehen und nicht in den Sozialräumen vernetzt sind, in denen sie stattfinden. In der Verwaltung findet bisher keine Koordinierung dieser sozialraumbezogenen Maßnahmen statt. Das Thema soll zukünftig im verwaltungsinternen Arbeitskreis weiterbehandelt werden um eine Koordinierung und bessere Vernetzung herbeizuführen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird über die Arbeitsergebnisse zu gegebener Zeit informiert.

4.3 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen seit 2004

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den als Tischvorlage vorliegenden Bericht zur Kenntnis. Der Bericht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ergänzend erklärt Herr Dr. Bell, dass sich aufgrund der derzeitigen personellen Situation bei der Punktdienststelle Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik der Sachstandsbericht diesmal auf das Jahr 2013 beschränkt. In 2015 wird der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik dann ein Gesamtbericht für den Zeitraum 2004 bis 2014 vorgelegt.

4.4 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)

4.4.1 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB) Verleihung des KIB im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung 06/29/2014

Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen machen deutlich, dass die vorgeschlagene Änderung eine unbefriedigende Lösung ist. Sie sehen sie aber als einzig realistische Alternative zur Zusammenlegung beider Veranstaltungen an. Sie

kritisieren diese Auswirkung der durchgeführten Umstrukturierung der Verwaltung im Bereich der Behindertenpolitik und der in diesem Bereich erfolgten Einsparmaßnahmen.

Frau Reker erklärt, dass es sich auch aus ihrer Sicht um eine schmerzhaft eingeschränkung handelt. Sie sagt zu, der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur nächsten Sitzung konkrete Informationen über Kosten und Finanzierung der Veranstaltungen zu geben.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stimmt dem Vorschlag zu. Sie empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren dem Rat zu empfehlen, gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt bei zwei Enthaltungen.

4.5 Eis- und Schwimmstadion Lentpark hier: Herstellung der Barrierefreiheit

In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 21.11.2013 wurde vom Bauaufsichtsamt ein Sachstandsbericht zum Thema Barrierefreiheit des Eis- und Schwimmstadions Lentpark für die nächste Sitzung angekündigt. Der Bericht liegt der Geschäftsführung bisher nicht vor. Es ist keine Vertreterin und kein Vertreter des Bauaufsichtsamt anwesend.

Frau Reker erklärt, dass der aktuelle Sachstand beim Bauaufsichtsamt erfragt und der Bericht dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

5 Mitteilungen

5.1 Vorstellung der Punktdienststelle Diversity 0154/2014

Frau Rehberg stellt sich als Leiterin der neuen Punktdienststelle Diversity vor.

In der Punktdienststelle Diversity wurden verschiedene Stabsstellen und Abteilungen (RAA - Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, Interkulturelles Referat, Büro der Behindertenbeauftragten, Referat Lesben, Schwule und Transgender) zusammengelegt.

In der anschließenden Diskussion schlägt Herr Herbig vor, die Bezeichnung Diversity zu ändern, da nach seiner Einschätzung für Bürgerinnen und Bürger nicht ersichtlich ist, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Frau Reker erläutert dazu, dass die Verwaltung den englischen Begriff Diversity gewählt hat, weil sich die Tätigkeiten in diesem noch neuen Arbeitsfeld auf internationaler Ebene bewegen.

Auf Anfrage von Herrn Kellner ergänzt Frau Rehberg die vorliegende Mitteilung und benennt Herrn Christian Rahmfeld als Leiter der Fachstelle Lesben, Schwule und Transgender sowie Herrn Michael Lätsch als Leiter der Koordinierungsstelle EU-Osterweiterung.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

**5.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2012
4240/2013**

Frau Oswald teilt zu dem Erfahrungsbericht mit, dass dieser der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik jährlich auf deren eigenen Wunsch vorgelegt wird. Der Bericht stellt die Situation der schwerbehinderten Beschäftigten der Stadtverwaltung dar.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

**6.1 Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2012 -
2013**

Die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen schlagen vor, dass der Arbeitsbericht für die gesamte Periode der neuen Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als umfassender Bericht vorgelegt wird.

Beschluss:

Der Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Jahre 2012 – 2013 wird in der ersten Sitzung der neu konstituierten Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Bilanz der letzten Legislaturperiode vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.2 Festlegung Schwerpunktthemen für das 2. Halbjahr 2014

Nach kurzer Diskussion schlagen die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen vor, lediglich für die zweite Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ein Schwerpunktthema festzulegen. Die Festlegung des Schwerpunktthemas für die dritte Sitzung des Jahres soll erst nach Konstituierung der neuen Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erfolgen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dass in der zweiten Sitzung des Jahres „Diversity“ das Schwerpunktthema sein soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.3 Barrierefreie Ratssitzungen

Frau Meinert ergänzt zu der als Tischvorlage vorliegenden Beschlussempfehlung, dass das Thema Barrierefreie Ratssitzungen aufgrund der Berichte über den Livestream der Ratssitzungen entstanden ist.

Frau Gärtner teilt mit, dass für den nächsten Ausschuss Soziales und Senioren ein Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, der auf eine Anfrage in der Ausschuss-Sitzung im Dezember 2013 zurückgeht. Der Antrag fordert den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern in den Ratssitzungen und die Übertragung der Gebärdensprachdolmetscher auf die Zuschauertribüne zum Beispiel durch einen Monitor.

Herr Eichler weist darauf hin, dass der Begriff Gebärdendolmetscher durch die korrekte Bezeichnung Gebärdensprachdolmetscher ersetzt werden sollte.

Frau Reker berichtet, dass sie innerhalb der Verwaltung bereits Gespräche zum Thema Barrierefreie Sitzungen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie der Ratssitzungen aufgenommen hat.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Die Ratssitzungen und alle anderen öffentlichen Sitzungen innerhalb der Stadt Köln sind barrierefrei zu gestalten, so dass jedem Bürger unabhängig von einer Beeinträchtigung der Besuch und die Verfolgung aller Sitzungen möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Mit der redaktionellen Änderung der Bezeichnung „Gebärdensprachdolmetscher“ einstimmig beschlossen.

6.4 Handlaufbeschriftungen in der Nord-Süd-U-Bahn

Herr Herbig berichtet zu der als Tischvorlage vorliegenden Beschlussempfehlung, dass im Rahmen der erfolgten Begehung der neuen U-Bahn-Haltestelle Heumarkt festgestellt wurde, dass die Handlaufbeschriftungen an den Treppenaufgängen und –abgängen fehlen.

Herr Matzel erklärt, dass an den Haltestellen Heumarkt und Rathaus sowie Breslauer Platz eine Nachrüstung erfolgen soll. Erste Gespräche der Verwaltung mit der KVB haben bereits stattgefunden. Eine sinnvolle Umsetzung soll gemeinsam mit den Behindertenverbänden erarbeitet werden.

Frau Reker äußert den Wunsch, dass zukünftig eine Haltestelle schon zur Eröffnung uneingeschränkt für jeden nutzbar ist.

Beschluss:

Wir fordern die verantwortlichen Vertreter der Fachverwaltung Amt für Brücken und Stadtbahnbau und der Kölner Verkehrs-Betriebe auf, unverzüglich Handlaufbeschriftungen an allen Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn anzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.5 Aufzug Domumgebung

Nach kurzer Aussprache über die als Tischvorlage vorliegende Beschlussempfehlung beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, den Verkehrsausschuss, den Liegenschaftsausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss, den Finanzausschuss und die Bezirksvertretung Innenstadt dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Der barrierefreie Zugang von der Stadtebene zur östlichen Domumgebung ist im Rahmen der 2. Baustufe durch einen Aufzug sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Es liegen keine Beiträge vor.

8 Verschiedenes

Herr Ladenberger berichtet, dass im Rahmen der Umsetzung des Toilettenkonzeptes eine erste Begehung in der Altstadt wie vereinbart mit Beteiligung von Vertretern der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen stattgefunden hat.

Frau Reker erläutert, dass noch kein Termin für die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik festgelegt wurde, da sich diese an den Terminen des Rates orientieren.

Des Weiteren bedankt sich Frau Reker bei den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die konstruktive Zusammenarbeit und für die freundliche Aufnahme vor ungefähr drei Jahren als neue Vorsitzende der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Herr Herbig teilt mit, dass er zum letzten Mal als Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an einer Sitzung teilgenommen hat und bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit in diesem Gremium, dem er seit 2006 angehört hat.

gez. Henriette Reker
(Vorsitzende)

gez. Andreas Schwarz
(Schriftführer)